Ombudsstelle SRG.D
Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 23. Dezember 2025

Dossier Nr. 12018, «Samstagsrundschau» vom 9. Dezember 2025 mit Tibor Schlosser

Sehr geehrte Frau X

Besten Dank für Ihr Mail vom 13. November 2025, worin Sie obigen Beitrag wie folgt beanstanden:

«In der Sendung Samstagsrundschau wurde ein Interview mit Tibor Schlosser geführt, das israelische Propaganda und Unwahrheiten wiedergibt ohne diese richtigzustellen oder auch nur kritisch zu beleuchten.

Der israelische Botschafter Tibor Schlosser lieferte im Interview bewusst Falschaussagen wie „Massenvergewaltigungen" und „enthauptete Babies", die durch Israel direkt nach dem 7. Oktober 2023 propagandistisch verbreitet wurden. Diese Behauptungen wurden selbst von Israelischen Beamten im Nachhinein widerlegt, weil keine Beweise dafür geliefert werden konnten. Berichtet haben davon unter anderen auch die CNN. Die UNO hat den Vorwurf der Massenvergewaltigungen vom 7. Oktober 2023 untersucht und konnte diese Behauptungen ebenfalls NICHT bestätigen. Die UNO konnte nur systematische Massenvergewaltigungen durch israelische Soldaten an Gefangenen aus Gaza belegen und hat dazu einen Rapport veröffentlicht. Tibor Schlosser erzählt im Interview somit wissentlich Lügen und Propaganda.

Die Berichterstattung sollte diese klar falschen Behauptungen eindeutig als falsch kennzeichnen und entsprechend korrigieren.

Behauptet wird auch, dass der Krieg zu Ende ist, während seit dem deklarierten Waffenstillstand Israel mehrmals Gaza weiterhin bombardiert hat und seither mindestens 357 PalästinenerInnen aus Gaza ermordet wurden!

Zudem behauptet und lügt Tibor Schlosser, dass sich Israel um die Verletzten in Gaza gekümmert hat, während Israel mehrfach alle Spitäler bombardiert hat, Sanitäter und deren Fahrzeuge angeschossen hat, die nötige medizinische Hilfe über zwei Jahre lang nicht einfuhren liess, Ärzte wie Dr. Adnan al Bursh, Dr. Hussam Abu Safiya und hunderte weitere medizinische Angestellte in Gefängnisse verschleppt, gefoltert und vergewaltigt hat - teilweise zu Tode vergewaltigt wie Dr. Al Bursh und viele Ärzte wie Dr. Abu Safiya noch weiterhin in den israelische Foltergefängnissen stecken! Selbst Ärzte ohne Grenzen oder das Rote Kreuz mussten im Norden Gazas ihre Aktivitäten aussetzen, weil es für ihr Personal wegen dem israelischen Militär zu unsicher wurde und alle Mittel fehlten.

Des Weiteren erzählte Tibor Schlosser, dass Hamas in Gaza die Macht mit Gewalt übernommen hat, obwohl die Hamas bekannterweise durch demokratische, freie Wahlen 2006 die Mehrheit gewonnen hat.

Die weitere Verwendung der Formulierung „HAMAS-Terrororganisation" erscheint kritisch tendenziös; im Gegensatz dazu werden andere Beschuldigungen wie „Apartheid" oder „Völkermord" gegenüber der israelischen Regierung gar nicht durch den Journalisten verwendet, obwohl es zutreffend ist und beide Seiten vom Journalisten Attribute erhalten sollten (ausgleichend).
Eine ausgewogene Berichterstattung müsste alle Seiten neutral prüfen und sachlich einordnen.

In der Sendung kam nur eine Seite zu Wort. Es wäre wichtig, der Gegenposition eine ausführliche Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, den Redner über die Waffenstillstandsverletzungen zu befragen und etwaige Falschaussagen nachträglich zu korrigieren

Ich verlange um eine zeitnahe Richtigstellung der Falschinformationen und eine offizielle Gegendarstellung von Seiten des SRG/SRF. Eine fachkundige Stellungnahme ist in diesem Falle sehr wichtig, da wir keine Propaganda in unseren vom Volk mitfinanzierten Medien dulden können, das Vertrauen in unsere Medien durch Unausgewogenheit und Propaganda verloren geht sowie solche bewusste Falschaussagen gefährlich für die Menschen in Gaza sowie unsere Umwelt sind, weil damit der Genozid in Gaza gerechtfertigt wurde und weitergeht.

Die Redaktion nimmt wie folgt Stellung:

Aus unserer Sicht ist Tibor Schlosser zweifelsfrei ein interessanter und valabler Gesprächspartner. Er ist der oberste Repräsentant Israels in der Schweiz und kann die Sichtweise der israelischen Regierung darlegen. Gleichzeitig ist Schlosser kein Repräsentant der ebenfalls in dieser Regierung vertretenen extremen Rechten. Vielmehr machte er auch in der «Samstagsrundschau» mehrfach deutlich, dass er deren Haltung und deren Äusserungen nicht gutheisst.

Interviews sind, anders als in den Beanstandungen verlangt wird, nie ausgewogen. Das kann gar nicht das Ziel sein. Die Positionen der Gesprächspartnerin, der Gesprächspartner nehmen einen beträchtlichen Raum ein – und sie sollen das auch: Die Zuhörer können sich auf diese Weise mit deren Sicht- und Denkweise auseinandersetzen und sich auch daran reiben. Um sich hernach eine eigene Meinung zu bilden.

Gerade wenn es um ein derart kontroverses Thema geht wie den Gaza-Krieg darf sich das Interview nicht in reinem Abfragen erschöpfen. Eine kritische Befragung und wenn immer geboten auch Nachfragen sind erforderlich. Der Interviewer Dominik Meier, hat dem konsequent und voll und ganz entsprochen – ebenso höflich wie hartnäckig und inhaltlich gut vorbereitet.

Dazu einige Beispiele: Meier forderte seinen Interviewgast zweimal dazu auf, sich auch in die Lage der Palästinenser, in deren Trauma zu versetzen. Er befragte Schlosser zum Problem des Ausblendens der Lage der Gegenseite oder der Gleichgültigkeit in der israelischen Gesellschaft. Er merkte an, dass laut Genfer Konventionen Israel sich um Kriegsverletzte kümmern müsse und fragte nach, basierend auf Einschätzung ausländischer Diplomaten und von Hilfswerken, weil Israel da zu wenig tue. Er fragte, ob Israel die Palästinenser ganz aus Gaza weghaben wolle – weil israelische Minister das ausdrücklich vorsehen. Er zitiert den rechtsextremen Finanzminister, der vom Aushungern der palästinensischen Bevölkerung sprach. Er befragte Schlosser nach dem Druck, den Israel auf andere Regierungen ausübt, allein weil sie Palästina als Staat anerkennen. Er erwähnte, dass es klare Hinweise auf Kriegsverbrechen gibt. Er thematisierte die bisher kaum erkennbare kritische Aufarbeitung und die Weigerung Israels, für eine internationale Aufarbeitung Hand zu bieten. Zu diesen und weiteren kritischen Fragen musste der israelische Botschafter Stellung nehmen, oft mit Nachfragen vertieft. Zu all diesen Punkten erhielt er aber zugleich Gelegenheit, sich zu äussern. Genau so lauten die Anforderungen an ein kritisch geführtes Interview.

Und nun noch **zu den Einzelpunkten**, sofern sie nicht bereits behandelt wurden:

Der israelische Botschafter sprach von Vergewaltigungen und nicht von Massenvergewaltigungen. Diese Vergewaltigungen sind inzwischen von mehreren Organen der Uno, aber auch von den beiden wichtigsten internationalen Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und seit kurzem auch Amnesty International dokumentiert. Über das Ausmass sind noch keine präzisen Angaben möglich,

zumal sich traumatisierte Opfer nicht äussern mögen und Menschenrechtsorganisationen (HRW sagt das explizit) sie nicht zu Aussagen drängen wollen. Hingegen ist dokumentiert, dass solche Vergewaltigungen an mehreren Orten stattfanden und der militärische Arm der Hamas daran beteiligt war. Einige Hinweise dazu:
https://www.hrw.org/news/2024/07/17/questions-and-answers-hamas-led-armed-groups-october-7-2023-assault-israel#_Toc171593932:~:text=October%207%2C%202023-,What%20violations%20of%20international%20humanitarian%20law%20and%20grave%20international%20crimes%20were%20committed%20on%20October%207%3F,-Human%20Rights%20Watch
https://www.lemonde.fr/en/international/article/2024/07/17/human-rights-watch-report-debunks-hamas-denials-of-october-7-attack_6687225_4.html
https://en.wikipedia.org/wiki/Sexual_and_gender-based_violence_in_the_October_7_attacks
https://www.amnesty.org/en/latest/news/2025/12/sustainable-peace-requires-international-justice-for-all-victims-of-all-crimes-in-israel-and-the-opt/

Die Hamas wurde zwar in der Tat 2006 in (einigermassen) freien Wahlen gewählt. Seither jedoch nie mehr. Und sie hat sich seither zunehmend in ein Unterdrückerregime verwandelt und sich nicht erst, aber spätestens mit dem Angriff am 7. Oktober vor zwei Jahren als Terrororganisation erwiesen. Diese Bezeichnung, die wir deshalb auch bei SRF verwenden, entspricht der offiziellen Haltung der EU, Kanadas, Japans, Australiens, der Schweiz und einer beträchtlichen Anzahl weiterer Länder.

Wir verwenden im Zusammenhang mit Israel die Begriffe Apartheid und Völkermord nicht – und haben gegenüber der Öffentlichkeit mehrfach begründet, weshalb wir das nicht tun. Der Begriff Apartheid steht für uns im historischen Kontext der Unterdrückung Nichtweisser in Südafrika. Wir wenden ihn auch im Zusammenhang mit anderen Ländern nicht an, wo Minderheiten benachteiligt oder unterdrückt werden. Beim Völkermord-Begriff vertreten wir dieselbe Haltung wie die Uno und deren Generalsekretär: Wir warten das entsprechende Urteil des obersten Uno-Gerichtshofs ab. Zumal unter Völkerrechtlern höchst umstritten ist, ob das Geschehen in Gaza nun tatsächlich unter den Genozidbegriff fällt oder nicht.

Nach weit verbreiteter Einschätzung ist der Krieg in Gaza vorläufig beendet oder ruht. Mit dieser Begriffswahl wird nicht ausgeschlossen, dass immer noch Kampfhandlungen stattfinden, aber sie haben ein erheblich geringeres Ausmass als der umfassende zweijährige Krieg. Ob die weiterhin stattfindenden militärischen Auseinandersetzungen noch als Krieg gelten oder nicht, hängt davon ab, welche Definition für Krieg man verwendet.

Die «Samstagsrundschau» mit dem israelischen Botschafter in Bern entsprach damit den Vorgaben des Radio- und Fernsehgesetzes und auch jenen in unseren Publizistischen Leitlinien. Wir bitten Sie deshalb, die beiden Beanstandungen abzulehnen.

Die Ombudsstelle hat sich die besagte Sendung ebenfalls genau angehört und hält abschliessend fest:

Die Stellungnahme der Redaktion ist umfassend und äussert sich schlüssig zu den einzelnen Kritikpunkten, so zum Vorwurf der Vergewaltigung, zur Wahl der Hamas, zur Verwendung der Begriffe Apartheid, Völkermord und zum Verhalten der israelischen Regierung.

Die Ombudsstelle geht auf diese einzelnen Kritikpunkte deshalb nicht mehr ein, sondern möchte der Beanstanderin nur noch etwas grundsätzlicher erklären, was Sinn und Zweck des «Samstagsgesprächs» ist: Anders als beispielsweise beim «Rundschau-Talk» geht es in der «Samstagsrundschau» um ein Gespräch und nicht um ein Interview. Der Gast bekommt viel Raum, um seine Positionen darzulegen. Anders als beim kontrovers geführten Interview beim «Rundschau-Talk», wo regelmässig unterbrochen wird und diese Unterbrüche geradezu zum Charakter des Talks gehören.

Bei Gesprächsformaten wie der «Samstagsrundschau» ist es also üblich, den Gesprächspartner seine Sicht der Dinge darlegen zu lassen – auch wenn sie stark auf die eigene Mühle gefärbt sind. Bei Falschaussagen ist es Aufgabe des Fragenden, korrigierend einzugreifen, ansonsten zur Schärfung kontroverser Themen nachzufragen.

Falschaussagen hat der israelische Botschafter in der Schweiz nicht gemacht, wie der Stellungnahme der Redaktion zu entnehmen ist. Kritisch nachgefragt hat der Gesprächsleiter durchaus, wie es die redaktionelle Stellungnahme mit vielen Beispielen dokumentiert. Es versteht sich von selbst, dass ein israelischer Botschafter sich nicht offen gegen seine eigene Regierung richtet. Das weiss ein Publikum, dem die Funktion eines Botschafters klar ist. Umso bemerkenswerter war, dass Tibor Schlosser sich doch ab und zu mehr oder wenig deutlich von gewissen Mitgliedern der israelischen Regierung distanziert hat. Dass er der Sicht eines Staates, der sein Selbstverteidigungsrecht sehr breit auslegt und der – was nun wirklich nicht bezweifelt werden kann – die Terrorattacke der Hamas vom 7. Oktober 2023 und deren weiteren kriegsverbrecherischen Handlungen deutlich aus Sicht Israels darstellt, kann ihm nicht vorgeworfen werden.

Ein Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes liegt nicht vor.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz